

FORDERUNGEN AN BÜRGERSCHAFT UND SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG



Präambel

13. August 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Menschheit befindet sich in einer nie dagewesenen Krise.

Für etwa 12.000 Jahre herrschte auf der Erde ein stabiles Klima: Sämtliche Hochkulturen haben sich auf Grundlage dieses Klimazustandes entwickelt. Seit Beginn der industriellen Revolution zerstören wir diese klimatische Basis unserer Zivilisation durch den rasant ansteigenden Ausstoß von Treibhausgasen – jetzt stehen wir kurz vor einer Kettenreaktion, die irreversible Folgen nach sich ziehen wird.

Zur Bewältigung der Klimakrise wurde das Pariser Abkommen von allen 197 UN-Mitgliedsstaaten verbindlich unterzeichnet, darunter auch Deutschland. Das Pariser Abkommen und das 1,5-Grad-Ziel sind ein Bekenntnis zum absoluten Minimum dessen, was nötig ist, um die Lebensperspektive kommender Generationen sicherzustellen.

Diese Perspektive wird tagtäglich unwahrscheinlicher, da die Politik in ihrer Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen hinter dem eigenen Anspruch weit zurückbleibt.

Diese Situation ist untragbar. Deshalb bestreiken wir seit nunmehr einem Jahr Schulen, Universitäten und Betriebe auf der ganzen Welt. In mehr als 2.000 Städten fordern wir gemeinsam mit über 2,3 Millionen Menschen die Politik zur Einhaltung der verbindlichen Vereinbarungen von Paris auf.

Allein in Deutschland haben am 24. Mai mehr als 320.000 Menschen für globale Klimagerechtigkeit demonstriert, davon 25.000 in Hamburg.

Wir sind die erste Generation, die mit den Auswirkungen der Klimakatastrophe aufwachsen muss. Sie sind die letzte Generation, die der Irreversibilität der Klimaschäden noch entgegenwirken kann.

Es steht außer Frage, dass die Klimakrise nur global zu lösen ist. Dies bedeutet, dass jedes Land und jede Stadt nur noch ihr dem 1,5-Grad-Ziel entsprechendes CO₂-Budget ausstoßen darf.

Bundesweit fordern wir daher schnellstmöglich wirksame Maßnahmen, welche die Klimaneutralität Deutschlands bis spätestens zum Jahr 2035 sicherstellen. Daraus erwächst selbstredend auch und insbesondere für Sie als Vertreter*innen der Hamburger Politik, die Verantwortung zu adäquatem, sozialgerechtem Handeln.

FORDERUNGEN

AN BÜRGERSCHAFT UND SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG



Wir fordern von Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg:

1. Die Aufteilung des CO₂-Gesamtbudgets, über das die Stadt bis zum Jahr 2035 noch verfügt, auf die Verantwortungsbereiche der einzelnen Behörden.
2. Eine umfangreiche finanzielle und personelle Stärkung der Umweltbehörde.
3. Ein Vetorecht für die Umweltbehörde gegen Entscheidungen anderer Behörden, sofern diese im Widerspruch zur Klimaneutralität Hamburgs bis zum Jahr 2035 stehen.
4. Quartalsweise Berichte des Hamburger Senats bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise.
5. Den fachübergreifenden Einbezug der Klimakrise, sowie von Themen der Ökologie und Nachhaltigkeit in die Bildungspolitik Hamburgs.

Im Themenfeld der Energie fordern wir:

1. Den Umstieg auf 100% erneuerbare Energieerzeugung und -versorgung bis spätestens zum Jahr 2035.
2. Die Abschaltung aller Kohlekraftwerke, die in Hamburg liegen oder über die Hamburg verfügt bis spätestens zum Jahr 2025.
3. Einen umfangreichen Ausbau der Solarenergie in Hamburg.

FORDERUNGEN

AN BÜRGERSCHAFT UND SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG



Im Themenfeld des Verkehrs fordern wir:

1. Den wesentlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, in Verbindung mit einer Preisreduktion auf einen Euro pro Tag im Rahmen eines Jahrestickets.
2. Einen klimaneutralen öffentlichen Personennahverkehr ab dem Jahr 2030.
3. Den Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur durch die sofortige Umsetzung des Radentscheides.
4. Die Befreiung der Innenstadt von motorisiertem Individualverkehr.
5. Den sofortigen Beginn der Reduktion des in Hamburg abgefertigten Flugverkehrs mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035.
6. Die exklusive Abfertigung klimaneutraler Schifffahrt im Hamburger Hafen ab dem Jahr 2035.

Im Themenfeld der Stadtentwicklung fordern wir:

1. Die energetische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes bis zum Jahr 2035.
2. Eine umfangreiche Förderung von nachhaltigen Heizsystemen.
3. Eine Priorisierung des Bestandsschutzes gegenüber Neubauten sowie die Förderung des Einsatzes von nachhaltigen und klimafreundlichen Bausubstanzen.
4. Die Festlegung energetischer Standards für Neubauten, die mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 vereinbar sind.